

D1 Demokratie schützen und Beteiligung ermöglichen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 09.02.2024
Tagesordnungspunkt: 2.2. Anträge

Antragstext

1 2024 ist ein Jahr der Wahlen. Am 9. Juni wählen wir nicht nur unsere
2 Vertreter*innen für das Europäische Parlament, sondern in neun Bundesländern
3 auch auf kommunaler Ebene. Die Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und
4 Thüringen im Herbst werden in vielerlei Hinsicht zu einer weiteren
5 Bewährungsprobe für die Demokratie. Aufstehen und Einmischen für eine
6 vielfältige und tolerante Gesellschaft ist jedoch weit über die Wahltage hinaus
7 notwendig.

8 Bei den Europawahlen im Juni drohen rechtsnationale politische Kräfte zu
9 erstarken – in Zeiten, in denen wir ein vereintes Europa mehr denn je brauchen,
10 um die Sicherheit des Kontinents zu garantieren sowie gemeinsam gegen die
11 Klimakrise vorzugehen. Bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und
12 Sachsen droht die AfD stärkste Kraft zu werden. Eine Partei, die nachweislich
13 tief in die rechtsextreme Szene vernetzt ist und in zwei dieser Bundesländer vom
14 Verfassungsschutz als "gesichert rechtsextremistisch" eingestuft wird. Klar ist:
15 Bei den aktuellen Zahlen kann niemand im September ernsthaft überrascht sein,
16 wenn die AfD als Gewinnerin aus den Wahlen hervorgeht. Deshalb müssen wir jetzt
17 handeln!

18 Die Recherchen von Correctiv zu dem Geheimgespräch in Potsdam, bei dem unter
19 anderem geplant wurde, Millionen Menschen aus Deutschland zu deportieren, haben
20 nachdrücklich gezeigt, wie weit die Vernetzung der AfD in die rechtsextreme
21 Szene fortgeschritten ist. Im Sinne einer wehrhaften Demokratie, die den Schutz
22 der Grundrechte aller Menschen gewährleisten muss, muss das Gefahrenpotential
23 und die Verfassungsfeindlichkeit dieser Partei ernst genommen werden. Wir
24 sprechen uns daher für die Prüfung eines Parteiverbots der AfD aus. Gleichzeitig
25 ist aber auch klar: Ein solcher Prüfungsprozess wird lange dauern, daher müssen
26 auch niedrigschwelligere rechtsstaatliche Mittel in Betracht gezogen werden.
27 Dazu gehört z.B. ein Verbot der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative.

28 Rechtsstaatliche Wege können aber nicht die einzige Strategie gegen Rechts sein.
29 Unsere Hauptaufgabe als Partei besteht darin, politisch dagegen zu halten. Wir
30 wollen die Menschen im Wettbewerb der demokratischen Parteien mit unseren Ideen
31 und Vorhaben überzeugen. Der Dissens zwischen demokratischen Parteien gehört zum
32 demokratischen Prozess. Wir wollen eine faktenorientierte und sachliche Debatte
33 führen, um zu verstehen, wo wir in Bremen, in Deutschland und in Europa den
34 Bedürfnissen und Sorgen der Menschen noch besser gerecht werden können. Hierzu
35 wollen wir noch stärker mit Menschen in Bremen sowie Akteur*innen aus
36 Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft in den Austausch gehen. Denn auch
37 wenn die AfD in Bremen aktuell weitgehend bedeutungslos ist und an der
38 Bürgerschaftswahl 2023 nicht teilgenommen hat, sitzt mit Bündnis Deutschland
39 trotzdem eine rechtspopulistische Partei in der Bremischen Bürgerschaft, die in
40 ihrem Programm demokratische Grundsätze wie Gewaltenteilung infrage stellt.

41 Grüne Politik muss zum Ziel haben, das Leben von Menschen zu verbessern und das
42 Vertrauen in demokratische Prozesse zu stärken. Denn die aktuellen Krisen, die
43 gestiegenen Preise und die damit verbundene Verunsicherung vieler Menschen
44 bieten einen Nährboden für Spaltung, Konkurrenzdenken und damit auch rechtes,
45 rassistisches oder antisemitisches Gedankengut. Unsere Politik setzt auf
46 Zusammenhalt und Gemeinsamkeit, auf Absicherung in unsicheren Zeiten und auf
47 Befähigung von Menschen, sich politisch zu beteiligen. Dazu gehört es auch, für
48 mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen, zum Beispiel durch das vom Bremer Senat
49 eingeforderte Klimageld, einen armutsfesten Mindestlohn von mindestens 14 Euro,
50 oder ein wirklich absicherndes Bürgergeld ohne Sanktionsdruck.

51 Unsere Partei ist immer offen für Debatten über den richtigen Weg hin zu mehr
52 Gerechtigkeit. Der Diskussion sind jedoch Grenzen gesetzt. Rassistische,
53 antisemitische, queer- und frauenfeindliche Äußerungen sowie das Zeigen
54 rechtsradikaler Symbole sind keine Meinungen. Um die Erinnerung an die
55 Verbrechen der NS-Diktatur und ihre Folgen wach zu halten, setzen wir uns für
56 eine erinnerungskulturelle Strategie für das Land Bremen ein. Wir haben sowohl
57 in den USA als auch bei unseren polnischen Nachbar*innen gesehen, dass sich die
58 Maßnahmen rechtsnationaler Regierungen immer zuerst gegen gesellschaftliche
59 Minderheiten und Frauen richten. Diesen Gruppen gilt stets unsere
60 uneingeschränkte Solidarität. Ebenso erteilen wir einer Stimmungsmache auf dem
61 Rücken gesellschaftlich und wirtschaftlich benachteiligter Gruppen eine klare
62 Absage. Wir werden uns nicht an Scheindebatten beteiligen, die sich in
63 populistischer Weise z.B. auf Asylbewerber*innen, Alleinerziehende,
64 Migrantisierte und Arbeitssuchende konzentrieren.

65 Die Demonstrationen der letzten Wochen, bei denen hunderttausende Menschen auf
66 die Straße gegangen sind, haben gezeigt: Wir sind mehr! Die AfD vertritt
67 keineswegs - wie gerne behauptet - die schweigende Mehrheit der Gesellschaft.
68 Demonstrationen sind wichtige Instrumente der Demokratie, sie senden Signale an
69 die Politik und schaffen ein Gemeinschaftsgefühl, aus dem im besten Fall
70 nachhaltiges Engagement erwächst. Hier wollen wir als grüner Landesverband
71 unsere Mitglieder motivieren, selbst aktiv zu werden und sie in ihrer
72 politischen Arbeit unterstützen. Darüber hinaus werden wir im Vorfeld der
73 Europawahl in möglichst vielen Stadtteilen in Bremen und Bremerhaven aktiv
74 Wahlkampf machen und die drei Grünen Landesverbände in Ostdeutschland im Rahmen
75 unserer Möglichkeiten beim Wahlkampf unterstützen. Dabei wollen wir auch
76 Workshops zum Thema "Argumentieren gegen Rechts" anbieten".

77 Wählen ist die direkteste Form der demokratischen Mitbestimmung. Dennoch haben
78 bei der letzten Bürgerschaftswahl nur 56,9% der Wähler*innen von ihrem Wahlrecht
79 Gebrauch gemacht. Unser Ziel bleibt die Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre,
80 um jungen Menschen eine Stimme zu geben und sie zu befähigen, ihr demokratisches
81 Recht so früh wie möglich wahrzunehmen. Außerdem muss Wählen barrierefreier
82 werden. Wahlinformationen müssen standardmäßig mehrsprachig zur Verfügung
83 stehen.

84 Um sich aktiv an politischen und gesellschaftlichen Prozessen beteiligen zu
85 können, bedarf es auch eines Verständnisses der eigenen Handlungsmöglichkeiten.
86 Hier kommt der politischen Bildung eine besondere Bedeutung zu. Politische
87 Bildung ermöglicht Beteiligung und stützt unsere Demokratie. Wir brauchen
88 Debattenräume - auch außerhalb der Schule - um Bürger*innen aller Altersgruppen
89 Diskussionen und Meinungsbildung sowie das selber aktiv werden zu ermöglichen.

90 Die Landeszentrale für politische Bildung, sowie politische Stiftungen und
91 Verbände sind hier wichtige Partnerinnen. Um viele junge Menschen zu erreichen,
92 das Demokratiebewusstsein zu stärken und eine bürger*innenrechtsbewusste Haltung
93 aufzubauen, wollen wir eine intensivere Zusammenarbeit der Landeszentrale für
94 politische Bildung mit Schulen, Jugendverbänden und Jugendfreizeitzentren
95 erreichen. Die außerschulische politische Bildung und Partizipation wollen wir
96 finanziell und strukturell stärken. Um die politische Weiterbildung auch im
97 Berufsleben zu stärken, wollen wir für Vortragsreihen, Kongresse und Tagungen,
98 die Anerkennung nach dem Bremischen Bildungszeitgesetz erleichtern. Eine
99 Verbesserung der allgemeinen Kenntnisse über die Möglichkeit der Inanspruchnahme
100 von Bildungsurlaub ist ebenfalls unabdingbar. Wir alle sind Multiplikator*innen
101 der demokratischen Gesellschaft und jetzt gefragt, unsere Demokratie zu
102 verteidigen.

103 Die Demokratie zu schützen, den bestehenden Bedrohungen entgegenzutreten und für
104 eine widerstandsfähige Gesellschaft zu streiten, heißt für uns als Bremer
105 Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen daher ganz konkret:

- 106 • Wir sprechen uns für die Prüfung eines AfD-Verbotsverfahrens aus.
- 107 • Wir schaffen konkrete Diskussions-Angebote in Bremen, um mit
108 Parteimitgliedern, Bündnispartner*innen und der breiteren Gesellschaft ins
109 Gespräch zu kommen und demokratische Netzwerke auf- und auszubauen
- 110 • Wir unterstützen weiterhin Demonstrationen, die sich gegen
111 Rechtsextremismus richten.
- 112 • Wir unterstützen und fördern die aktive politische Arbeit unserer
113 Mitglieder durch z.B. niedrigschwellige Gesprächsangebote oder das
114 Vielfalt-Mentoring-Programm.
- 115 • Wir wollen allen Menschen auch außerhalb der Schule gute historische und
116 politische Bildung ermöglichen, indem wir Projekte gezielt finanziell
117 fördern und die Anerkennung von Bildungszeiten erleichtern.
- 118 • Die deutschlandweite Zunahme rechter, rassistischer und antisemitisch
119 motivierter Gewalt zeigt: die im Koalitionsvertrag vereinbarte
120 erinnerungskulturelle Strategie für das Land Bremen muss höchste Priorität
121 haben. Die Erinnerung an die Verbrechen der NS-Diktatur und das
122 Versprechen von „Nie Wieder!“ müssen wachgehalten werden.
- 123 • Wir machen gemeinsamen engagierten Europawahlkampf in Bremens und
124 Bremerhavens Stadtteilen.
- 125 • Wir werden die Grünen ostdeutschen Landesverbände im Rahmen unserer
126 Kapazitäten beim Wahlkampf unterstützen. Dazu koordinieren Landesvorstand
127 und Landesgeschäftsstelle den Kontakt in diese Landesverbände und
128 informieren über Termine für gemeinsame Wahlkampf-Ausflüge.

Unterstützer*innen

Elena Schiller (KV Bremerhaven); Emanuel Herold (KV Bremen Links der Weser (LdW)); Joachim Marx (KV Bremerhaven); Lukas Prinz (KV Bremen Links der Weser (LdW))

D2 Menschenwürde, Demokratie, Rechtsstaat, Freiheit

Antragsteller*in: Hermann Kuhn (KV MöV)

Tagesordnungspunkt: 2.2. Anträge

Antragstext

1 Menschenwürde, Demokratie, Rechtsstaat, Freiheit

2 In den letzten Wochen haben Millionen Bürgerinnen und Bürger in Deutschland für
3 die Verteidigung unserer Demokratie demonstriert, gegen offenkundige
4 Bestrebungen, sie zu beschädigen und zu zerstören. Auslöser war eine
5 Zusammenkunft von Rechtsextremen der AfD, der Identitären und anderer Gruppen
6 und Personen, die unverhohlen über Machtergreifungsphantasien und
7 menschenverachtende Deportationspläne beraten haben. Das wurde zu Recht
8 wahrgenommen als Teil einer weltweit bedrohlichen Aushöhlung von Rechtsstaat und
9 Demokratie, von innen durch Rechtsextremismus und Rechtspopulismus – Demokratie
10 ist verletzbar, sie muss geschützt werden.

11 Die Kundgebungen und Demonstrationen sind bewusst von zivilgesellschaftlichen
12 Initiativen und Bündnissen organisiert worden, nicht von Parteien. Wir Grünen
13 sehen sie als großartige Ermutigung, aber auch als Verpflichtung, als politische
14 Partei unseren Beitrag zu leisten und Konsequenzen für unsere Arbeit zu ziehen.
15 Wir wollen uns dabei von folgenden Grundsätzen leiten lassen:

16 1. Die Demokratie, die wir verteidigen und für die wir eintreten, ist in den
17 Kernbestimmungen unseres Grundgesetzes festgehalten: Die Verpflichtung zur
18 Wahrung der Würde aller Menschen, die Geltung der Grundrechte, der
19 föderale Aufbau des Staates, die repräsentativen Parlamente, die
20 Gewaltenteilung, die Unabhängigkeit von Justiz und Medien und die
21 Sozialstaatsverpflichtung. Auch das Grundgesetz kann in Einzelbestimmungen
22 mit qualifizierter Mehrheit durch Bundestag und Bundesrat geändert werden,
23 aber dieser Kern wird als Konsequenz aus der Erfahrung der Nazi-Diktatur
24 als unveränderbar betrachtet.

25 2. Die Grünen sind eine politische Partei neben anderen. Politische Parteien,
26 die – unter Achtung des Grundgesetzes – andere Grundauffassungen und Ideen
27 vertreten (wirtschaftsliberale, sozialistische, freiheitliche,
28 konservative, sozialdemokratische usw.) sind nicht unsere Feinde, sondern
29 Mitbewerber, mit denen wir uns im politischen Meinungsstreit
30 auseinandersetzen. Wir tun von unserer Seite alles, dass diese Parteien
31 bei der Verteidigung der Demokratie zusammenarbeiten. Diese Einheit ist
32 entscheidend für den Erfolg.

33 3. Denn es gibt Gruppen und Parteien, die nach unserer gut begründeten
34 Auffassung daran arbeiten, unsere Demokratie Schritt für Schritt
35 abzuschaffen. Wir bekämpfen sie und schließen jede Zusammenarbeit mit
36 ihnen aus. Dies gilt gegenwärtig vor allem für die AfD. Wenn wir und
37 andere diese Partei als Feind der Demokratie bezeichnen, ist das Teil
38 legitimer politischer Auseinandersetzung. Wenn diese Beurteilung aber
39 reale einschränkende Folgen haben soll, gelten dafür rechtsstaatliche
40 Verfahren, die wir strikt respektieren. Das Verbot verfassungsfeindlicher
41 Vereine wird von Gerichten überprüft, nur das Bundesverfassungsgericht

- 42 kann eine Partei verbieten – das liegt nicht im Ermessen einer
43 Parlamentsmehrheit.
- 44 4. Wir treten gegenwärtig dafür ein, dass die zuständigen Behörden die
45 Beobachtung der AfD fortsetzen sowie das Material zusammentragen und
46 ordnen, das den drei zuständigen Bundesorganen dann als Grundlage für die
47 Entscheidung dienen kann, ob sie einen Verbotsantrag gegen die AfD beim
48 Bundesverfassungsgericht stellen wollen.
- 49 5. Zu den wichtigsten Bollwerken unseres demokratischen Rechtsstaats zählt
50 die beamtenrechtliche Pflicht zur Verfassungstreue. Wer für den Staat
51 handelt, muss sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen,
52 aktiv für sie eintreten und sich eindeutig von Gruppen und Bestrebungen
53 distanzieren, die den Staat, seine verfassungsmäßigen Organe und die
54 geltende Verfassungsordnung angreifen, bekämpfen und diffamieren. Die vom
55 Bundestag beschlossene Reform des Disziplinarrechts, durch die
56 entschlossener gegen Personen mit verfassungsfeindlichen
57 Grundeinstellungen im Staatsdienst vorgegangen werden soll, kann auch ein
58 Vorbild für Bremen sein. Die Fehler des Radikalenerlasses vor fünfzig
59 Jahren sind uns dabei eine Mahnung, mit Augenmaß und einem guten Sinn für
60 Angemessenheit vorzugehen.
- 61 6. Wir unterstützen die Überlegungen, die Unabhängigkeit des
62 Bundesverfassungsgerichts durch Übernahme zentraler Verfahrensvorschriften
63 (Wahlmodus, Amtszeiten) ins Grundgesetz zu stärken. Zudem braucht es einen
64 wirksamen Schutz insbesondere der Regeln zur Arbeitsweise und
65 Selbstverwaltung des Gerichts. Auch die Vorschriften zum bremischen
66 Staatsgerichtshof gehören auf den Prüfstand.
- 67 7. So klar und hart wir die AfD angreifen, so intensiv müssen wir den
68 möglichen Wählerinnen und Wählern (also allen) mit Argumenten zeigen,
69 welche Konsequenzen für ihr Leben ein politischer Einfluss der AfD haben
70 würde. Das muss unser Beitrag im kommenden Europawahlkampf sein, gerade in
71 den Stadtteilen und Milieus, die nicht zu den Hochburgen der Grünen
72 zählen. Wir begrüßen es, wenn rechtsextremistischen Parteien auf Podien
73 Dritter keine Bühne geboten wird. Wenn sie eingeladen werden, stellen wir
74 uns der direkten Auseinandersetzung.
- 75 Die Grünen haben in ihrer Geschichte nicht nur gelernt, Demokratie,
76 Rechtstaatlichkeit und Vielfalt zu schätzen und zu verteidigen, sondern auch
77 mitzugestalten. Das wollen und werden wir auch in Zukunft mit aller
78 Entschiedenheit tun.

Unterstützer*innen

Helga Trüpel (KV MÖV); Daniel Buscher (KV MÖV); Matthias Güldner (Kreisfrei); Robert Bücking (KV MÖV); Joachim Larisch (KV MÖV); Henrike Müller (KV Links der Weser); Dorothea Staiger (KV Links der Weser); Dietmar Strehl (KV Links der Weser); Maya Trapp (KV MÖV); Emanuel Herold (KV Links der Weser); Gregor Möllring (KV Bremen-Nordost); David Lukaßen (KV Bremerhaven); David Mohr (KV Bremen Links der Weser (LdW))

D3 Wissenschaftsfreiheit und Demokratie – ein Bremer Selbstverständnis

Gremium: LAG Wissenschaft & Hochschulen
Beschlussdatum: 16.02.2024
Tagesordnungspunkt: 2.2. Anträge

Antragstext

1 Wissenschaftsfreiheit und Demokratie – ein Bremer Selbstverständnis

2

3 Wissenschaftsfreiheit 2024 - die Gefahrenlage

4 Wir leben in herausfordernden Zeiten. Um uns herum engen immer mehr Autokratien

5 die Freiheiten ihrer Bürger*innen und damit auch ihrer Wissenschaftler*innen ein

6 – z.B. in China, Iran, Russland, Türkei oder Ungarn. Aber auch in westlichen

7 Demokratien gibt es Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit. In Deutschland hat

8 die Wissenschaftsfreiheit Verfassungsrang. Trotzdem ist sie nicht immun

9 gegenüber Angriffen, die wissenschaftlich etablierte Befunde leugnen und

10 verunglimpfen und „Alternative Fakten“ verbreiten, sei es in der Klimaforschung,

11 in der Gender-Forschung oder in der medizinischen Forschung inmitten der Corona-

12 Pandemie durch Querdenker und Impfgegner. Ebenso sind die zunehmenden digitalen

13 Gefährdungen von deep fakes (KI-gestützte Medienmanipulation) bis vermehrten

14 Cyberangriffen auf Wissenschaftsinstitutionen zu bedenken. Der

15 Wissenschaftsfreiheit drohen viele Gefahren heute und in Zukunft.

16 Ohne Wissenschaftsfreiheit keine Demokratie, ohne Demokratie keine

17 Wissenschaftsfreiheit

18 In diesen, in unseren Zeiten müssen Demokratien die Freiheit der Wissenschaft

19 besonders schützen. Denn Demokratie und Wissenschaftsfreiheit sind unabdingbar

20 miteinander verschweißt. Es kann keine demokratische Ordnung ohne

21 faktenbasiertes Wissen existieren, auf das sich alle gleichermaßen beziehen

22 können. Es kann keine objektive Wissensproduktion in den Hochschulen,

23 Universitäten und Forschungsinstituten stattfinden, wenn jede Forscher*in nicht

24 nach überprüfbarer, objektiver Wahrheit sucht, sondern ihre Ergebnisse von

25 politischer Opportunität oder wirtschaftlichen Interessen abhängig macht.

26 Wissenschaftsfreiheit meint deshalb nicht, unhaltbare, unwahre Thesen in einem

27 Schonraum auszubrüten und unter die Leute zu bringen, sondern sich gemeinsam an

28 einer ergebnisoffenen Suche nach objektiv richtigen Lösungen zu beteiligen.

29 Eine freie Wissenschaft braucht einen guten Plan

30 Um die Wissenschaftsfreiheit als zentralen Pfeiler unserer Demokratie wirksam zu

31 schützen, brauchen wir eine neue Wertschätzung für die Wissenschaft im Land

32 Bremen. Die Universitäten, Hochschulen und zahlreichen Forschungsinstitute in

33 Bremen und Bremerhaven sind Orte der Innovation, der Bildung, der kulturellen

34 Vielfalt und der Zukunft unserer beiden Städte. In attraktiven

35 Zukunftsstrategien zeigt sich die Wertschätzung für die Wissenschaft. Konkret

36 umgesetzt wird sie im neuen Wissenschaftsplan 2030, der im nächsten Jahr

37 aufgestellt wird. Unser Ziel ist es, eine verlässliche und bessere

38 Grundfinanzierung und klare Bekenntnisse zu den vielfältigen

39 Forschungsschwerpunkten zu verankern. Wir wollen gute Beschäftigungsbedingungen

40 statt prekärer Arbeit in der Wissenschaft. Wir wollen eine bessere Qualität in

41 Lehre, Forschung und Verwaltung. Wir wollen die Demokratisierung der

42 Akademischen Selbstverwaltung weiterentwickeln. Für all das braucht es einen
43 harmonisierenden Dialog mit den Hochschulen in unserem Bundesland sowie allen
44 weiteren Akteur*innen im Bereich der Wissenschaft.

45 Denn die Wissenschaft hat einen unersetzbaren (Mehr)Wert für unsere Demokratie,
46 für unsere Städte und unser Land, für unsere Wirtschaft, für unsere Bevölkerung-
47 für uns alle! Darum müssen wir als Bremer Grüne unsere Wissenschaftsinstitutionen
48 und deren Freiheit mit allen Kräften schützen und stärken.

Unterstützer*innen

Joachim Marx (KV Bremerhaven)

S1 Zukunftsfähigkeit klimaneutral und sozial gerecht sichern

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 16.02.2024
Tagesordnungspunkt: 4.2. Anträge

Antragstext

- 1 Zukunftsfähigkeit klimaneutral und sozial gerecht sichern
2 für nachhaltige Staatsfinanzen Steuern, Subventionen und Schuldenbremse
3 reformieren!
- 4 Wir Bremer Grüne haben in Regierungsverantwortung in den vergangenen 17 Jahren
5 das Finanzressort im Land Bremen erfolgreich geführt, selbst für die
6 Schuldenbremse gekämpft und Unterstützung vom Bund eingeworben, um das Land auf
7 Konsolidierungskurs zu bringen. Mit Erfolg: 2020 musste Bremen keine neuen
8 Kredite aufnehmen.
- 9 Dennoch hat Bremen weiterhin die höchste Pro-Kopf Verschuldung unter den Ländern
10 und gibt trotz sehr niedrigem Zinsniveau fast 10 Prozent seiner Haushaltsmittel
11 für Zinsausgaben aus, ohne eine einzige Investition getätigt zu haben.
- 12 Aktuell müssen wir feststellen, dass sich die gesamtgesellschaftlichen
13 Rahmenbedingungen und Herausforderungen in Deutschland stark verändert haben.
- 14 Die im Jahr 2009 von Bundestag und Bundesrat beschlossene Schuldenbremse war
15 eine Reaktion auf die strukturellen Herausforderungen der Zeit, allen voran die
16 Auswirkungen der damaligen Finanzkrise und die Destabilisierung der Eurozone.
- 17 Insbesondere durch die multiplen Krisen der vergangenen Jahre, wie der Corona
18 Pandemie, dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, der
19 Investitions herausforderung Klimakrise mit ihren Konsequenzen und durch
20 vernachlässigte, notwendige Investitionen der unionsgeführten Bundesregierungen
21 bis 2021, sehen wir uns einer Situation gegenüber, die ohne eine Anpassung der
22 Regeln zur Steigerung der Einnahmen, den Abbau klimaschädlicher Subventionen auf
23 der Ausgabenseite und eine Reform der Schuldenbremse nicht mehr zu bewältigen
24 ist.
- 25 Daher brauchen wir jetzt für die Herausforderungen unserer Zeit eine wirksame
26 Reaktion!
- 27 Als Bremer Grüne sind wir entschieden, uns für eine nachhaltige Fiskalpolitik im
28 Land und Bund einzusetzen.
- 29 Deshalb fordern wir zur Ermöglichung der jetzt notwendigen Transformation hin zu
30 einem wirksamen und sozial gerechten Klimaschutz
- 31 • eine sozial gerechte Steigerung der Einnahmen, den ökologisch notwendigen
32 Abbau von klimaschädlichen Subventionen und
 - 33 • eine Reform der Schuldenbremse sowie die Nutzung von bestehenden
34 Spielräumen der aktuellen Regel.
- 35 Wir erkennen dabei an, dass fehlende Finanzmittel zur Finanzierung der
36 Transformation nicht unser einziges Problem sind. Verwaltungsverfahren dauern

37 teilweise noch immer viel zu lange. Zusätzlich trägt der weiterhin bestehende
38 Fachkräftemangel zu erheblichen Verzögerungen bei der Umsetzung wichtiger
39 Transformationsprojekte bei.

40 Aber zur Wahrheit gehört auch, dass durch das Urteil des
41 Bundesverfassungsgerichts vom 15.11.2023 die finanzverfassungsrechtlichen
42 Vorgaben der Schuldenbremse präzisiert und konkretisiert wurden. Damit
43 einhergehend haben sich, bei gleichbleibenden Handlungsbedarfen, die
44 finanziellen Handlungsspielräume von Bund und Ländern verringert.

45 Für Bremen bedeutet das konkret, dass wir die im Rahmen der Bremer Klima Enquete
46 Kommission erarbeitete und vom Senat beschlossene Klimaschutzstrategie nicht wie
47 geplant finanzieren können: Die hierfür in den sogenannten Fastlanes
48 hinterlegten 2,5 Milliarden Euro als kreditfinanzierte Investitionsmittel sind
49 als Konsequenz des Verfassungsurteils nicht mehr darstellbar.

50 Dennoch bleibt die dringende Notwendigkeit für Investitionen in
51 Klimaschutzmaßnahmen für Bremen davon unbenommen natürlich bestehen.

52 Zwar kann Bremen kurzfristig gegebene Spielräume prüfen und nutzen. Dazu gehört
53 für die Haushaltsaufstellung 2024 in Bremen im Einklang mit den Leitsätzen des
54 Verfassungsurteils die Prüfung einer erneuten Notlageerklärung
55 angesichts der massiven Herausforderungen durch das Fortbestehen der multiplen
56 Krisen bzw. ihrer Folgen.

57 Auch die Gründung von Gesellschaften kann eine Möglichkeit sein,
58 verfassungskonform Investitionen tätigen zu können. Dies gilt auch für dringend
59 erforderliche Investitionen in den Bildungsbereich.

60 Dennoch ist auch bei Ausnutzung der aktuell gegebenen Spielräume die
61 Finanzierung der Klimaschutzstrategie auf dem Weg zur beschlossenen
62 Klimaneutralität im Jahr 2038 stark gefährdet.

63 Daher erfordert der klimaneutrale Umbau unserer Wirtschaft und Infrastruktur,
64 gesamtstaatlich betrachtet, als Konsequenz eine Verschiebung der Prioritäten bei
65 der Ausgabe vorhandener Haushaltsmittel, eine sozial gerechte Verbesserung der
66 Einnahmen sowie als sichere Rechtsgrundlage eine Reform der Schuldenbremse, um
67 kreditfinanzierte Ausgaben in einem erhöhten Ausmaß für Bund und Länder zu
68 ermöglichen.

69 Konkret fordern wir:

70 **1. NACHHALTIGE UND SOZIAL GERECHTE FINANZEN!**

71 Sehr Vermögende mehr in die Verantwortung nehmen

72 Die Armen in Deutschland werden ärmer und die Reichen reicher. Zu einer sozial
73 gerechten Steuerpolitik gehört eine deutlich stärkere Beteiligung der sehr
74 Vermögenden an der Finanzierung des Gemeinwesens.

- 75 • Wir werden uns im Bundesrat deshalb dafür einsetzen, Steuerhinterziehung
76 stärker zu bekämpfen, Steuerschlupflöcher konsequenter zu schließen und
- 77 • sehr hohe Vermögen, Finanzgewinne und große Erbschaften angemessen zu
78 besteuern.

79 Finanzgewinne werden in Deutschland immer noch geringer besteuert als Arbeit.
80 Wir fordern daher, dass die Deckelung von 25 Prozent bei der
81 Kapitalertragssteuer abgeschafft wird und an den Einkommenssteuersatz angepasst
82 wird.

- 83 • Einkommen aus Kapitalerträgen darf nicht geringer besteuert werden als
84 Einkommen aus Arbeit.

85 Klimaschädliche Subventionen weiter abbauen

86 Wir fordern den weiteren Abbau klimaschädlicher Subventionen. Dazu gehören

- 87 • die Abschaffung des Steuervorteils für Dieselfahrzeuge
- 88 • die Abschaffung der bestehenden Steuervorteile für Dienstwagen.

89 Bei einigen Subventionen kann eine schrittweise Reduktion über mehrere
90 Haushaltsjahre eine geeignete Strategie sein, um bei Unternehmen und
91 Verbraucher*innen eine breite Akzeptanz für den Abbau zu sichern.

92 93 2. REGELVERSCHULDUNGSSPIELRAUM DER BUNDES-SCHULDENBREMSE ERHÖHEN.

94 In ihrer jetzigen Form deckelt die Schuldenbremse die jährliche Aufnahme von
95 Schulden für den Bund bei 0,35 Prozent des Bruttoinlandproduktes (ca. 15 Mrd.
96 Euro im Jahr). Die Länder haben bisher keine entsprechende Möglichkeit der
97 Verschuldung.

98
99 Wir wollen die Schuldenbremse im Grundgesetz für Bund und Länder zeitgemäß
100 gestalten, sodass die Tragfähigkeit der zukünftigen Zinslast gewährleistet ist
101 und zugleich die so dringend nötigen Investitionen ermöglicht werden. Daher
102 fordern wir eine Investitionsregel für zusätzliche, über bloße Erhaltung
103 hinausgehende Investitionen – vor allem in den Klimaschutz. Kurzfristig könnte
104 ein Sondervermögen des Bundes für die Transformation zur Klimaneutralität
105 dringend benötigte Spielräume schaffen. Es wäre wie das Sondervermögen für die
106 Bundeswehr neben der Schuldenbremse im Grundgesetz verankert und würde auch
107 Investitionen in den Ländern unterstützen.

Begründung

Der Weltklimarat hat es aktuell erneut bestätigt: Wir sägen an dem Ast, auf dem wir sitzen. Daher dürfen wir im Nachgang der Herausforderungen, die sich aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.11.2023 ergeben haben, unsere Verantwortung für die Bekämpfung des Klimawandels nicht außer Acht lassen. Denn es gibt noch eine weitere Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, den Beschluss vom 24.03.2021. Das Gericht stellte damals fest, dass die verfassungsrechtlich notwendige Reduktion von Treibhausgasen nicht länger in die Zukunft und damit einseitig zu Lasten junger Generationen hinausgezögert werden darf und fordert damit den Gesetzgeber zur Einhaltung der Klimaschutzziele auf.

Wir brauchen nachhaltige Investitionen, die eine klimaneutrale Industrie, Wirtschaft und Infrastruktur ermöglichen. Diesen Aspekt müssen wir in der Abwägung zwischen nachhaltigen Staatsfinanzen und Investitionen berücksichtigen.

Unterlassen wir jetzt die für die Transformation erforderlichen Investitionen, werden wir unserer staatspolitischen Verantwortung nicht gerecht, schwächen den sozialen Zusammenhalt in unserem Land und gefährden unsere Demokratie.

Und nachhaltiger Klimaschutz braucht eine stabile Demokratie, einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit!

H1 Haushalt und Mittelfristige Finanzplanung

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 16.02.2024
Tagesordnungspunkt: 6.1. Haushalt

Antragstext

- 1 Es gilt der Antragsentwurf unter:
- 2 <https://gruenlink.de/2qw9>

Begründung

Wir wollen als Landesvorstand die Praxis weiterführen, die Haushalte und die Mittelfristigen Finanzplanungen nur Mitgliederöffentlich abzulegen, dies umfasst auch das Abgabenmodell der Kreisverbände. Daher verlinken wir für die TOPs unter 6.1. nur einen Link zu einem Mitgliederöffentliche Wissenswerk- Artikel.

Dies dient auch der besseren Darstellung beider Anträge, die im Antragsgrün nicht so einfach möglich ist.

H2 Kreisverbandsabgaben-Modell

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 16.02.2024
Tagesordnungspunkt: 6.1. Haushalt

Antragstext

- 1 Es gilt der Antragsentwurf unter:
- 2 <https://gruenlink.de/2qw9>

Begründung

Wir wollen als Landesvorstand die Praxis weiterführen, die Haushalte und die Mittelfristigen Finanzplanungen nur Mitgliederöffentlich abzulegen, dies umfasst auch das Abgabenmodell der Kreisverbände. Daher verlinken wir für die TOPs unter 6.1. nur einen Link zu einem Mitgliederöffentliche Wissenswerk-Artikel.

Dies dient auch der besseren Darstellung beider Anträge, die im Antragsgrün nicht so einfach möglich ist.

Unterstützer*innen

Katrin Goralczyk (KV Bremen Links der Weser (LdW))

FuE1 Änderung der Finanz- und Erstattungsordnung

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 16.02.2024
Tagesordnungspunkt: 6.2. Finanz- und Erstattungsordnung

Antragstext

- 1 Auf Empfehlung des Landesvorstands und des Landesfinanzrats möge die
- 2 Landesmitgliederversammlung beschließen:
- 3 Absatz 2.(3)a der Finanz und Erstattungsordnung von Bündnis 90/Die Grünen (gemäß
- 4 Beschluss der Landesmitgliederversammlung am 02.10.2024) zu ändern:
- 5 Bisherige Fassung:
- 6 Erstattet werden die tatsächlich nachgewiesenen Übernachtungskosten ohne
- 7 Frühstück bis zu 100 € je Übernachtung. Wenn deine Übernachtungskosten höher
- 8 sein sollten, musst du das vorher genehmigen lassen (Ansprechpersonen siehe
- 9 oben).
- 10 Neue Fassung:
- 11 Erstattet werden die tatsächlich nachgewiesenen Übernachtungskosten ohne
- 12 Frühstück bis zu 130 € je Übernachtung. Wenn deine Übernachtungskosten höher
- 13 sein sollten, musst du das vorher genehmigen lassen (Ansprechpersonen siehe
- 14 oben).

Begründung

Die bisherige Grenze von 100,00€ je Übernachtung ist leider nicht mehr zeitgemäß und die realen Übernachtungskosten liegen oftmals über 100,00€, das gilt auch für die Hotels, die aufgrund von expliziten Empfehlungen des Bundesverbands gebucht werden. Der Landesfinanzrat und der Landesvorstand haben schon im Sommer 2023 eine Änderung beschlossen, diese Änderung wurde im Februar 2024 nochmals bestätigt und soll jetzt in die Finanz- und Erstattungsordnung übernommen werden.

Unterstützer*innen

Katrin Goralczyk (KV Bremen Links der Weser (LdW))

FuE2 Anpassung der Aufwands-Entschädigungen für den Landesvorstand

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 16.02.2024
Tagesordnungspunkt: 6.2. Finanz- und Erstattungsordnung

Antragstext

- 1 Anpassung der Aufwands-Entschädigungen für den Landesvorstand
- 2 Die Landesmitgliederversammlung beschließt, die Vergütung der
3 Landesvorstandsmitglieder (wie durch Beschluss der Landesmitgliederversammlung
4 vom 02.10.2019 festgelegt) ab dem 01.04.2024 wie folgt anzupassen: (Änderungen
5 kursiv markiert)
- 6 1. Vergütung der Landesvorstandsmitglieder
- 7 (1) Beide Landesvorstandssprecher*innen haben das Anrecht, für ihre Tätigkeit
8 eine Vergütung von 44% der Diät einer Bürgerschaftsabgeordneten (Anfang 2024
9 entspricht das: 2340€) monatlich in Anspruch zu nehmen.
- 10 (2) Der*die Landesschatzmeister*in kann eine Vergütung als geringfügig
11 Beschäftigte*r (Minijob) in Höhe der Minijob-Grenze erhalten.
- 12 (3) Weitere Mitglieder des Landesvorstandes können eine Vergütung als
13 geringfügig Beschäftigte*r (Minijob) von monatlich 120 € erhalten.
- 14 (4) Wer Mitglied des Landesvorstandes ist und zeitgleich dem Deutschen Bundestag
15 oder dem Europaparlament angehört, kann keine Vergütung erhalten
- 16 (5) Wer Mitglied der Bremischen Bürgerschaft ist und gleichzeitig dem
17 Landesvorstand angehört, kann
- 18 a.) als Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands abweichend von Satz 1
19 Absatz 1 eine Vergütung als geringfügig Beschäftigte*r (Minijob) in Höhe der
20 Minijob-Grenze erhalten
- 21 b.) als weiteres Mitglied des Landesvorstandes keine Vergütung erhalten.
- 22 c.) Mitglieder, die nur der Bremischen Stadtbürgerschaft angehören und somit
23 geringere Bezüge aus ihrer Abgeordnetentätigkeit als ein Mitglied der Bremischen
24 Bürgerschaft Land erhalten, können als Landesvorstandssprecher*in die Vergütung
25 gemäß Satz 1 Absatz 1 erhalten.

Begründung

In (1) ändert sich nur die Darstellung zu Gunsten der einfacheren Nachvollziehbarkeit. Auch bisher war die Entschädigung hier schon gekoppelt an die Steigerungen der Diäten. Aber von einer fixen Summe ausgehend, was viel Auf-Rechnerei der Steigerungen seit 2019 bedeutet, wenn man bloß wissen will, was ein*e grüne*r Landesvorstandssprecher*in in Bremen aktuell verdient.

In (2) und (5) wollen wir die Aufwandsentschädigung an die Mindestlohngrenze koppeln, um auch hier eine moderate automatische Anpassung zu etablieren und einem sich zuspitzenden Ungleichgewicht vorbeugen.

Und in (3) nach 4 Jahren auch einen Schritt nachziehen und einem sich zuspitzenden Ungleichgewicht vorbeugen.

Die Änderung soll ab dem 01.04.2024 wirksam werden, damit die Landesgeschäftsstelle genug Zeit hat die Lohnbuchhaltung, sowie die Arbeitsverträge anzupassen.

M1 Humanität und Rechtsstaatlichkeit in der Bremer Migrationspolitik

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 16.02.2024
Tagesordnungspunkt: 7.2. Anträge

Antragstext

1 Weiterhin für Humanität und Rechtsstaatlichkeit in der Bremer Migrationspolitik

2 Die fortschreitende Klimakrise, Kriege und bewaffnete Konflikte zwingen
3 Millionen Menschen auf der Welt zur Flucht und rauben ihnen ihre
4 Lebensgrundlage. Mit großer Sorge sehen wir die immer emotionalere
5 Debattenkultur im Bezug auf Migration und Integration in der Bundesrepublik. Als
6 grüne Partei stehen wir zum Recht auf Asyl in einer Welt multipler Krisen und
7 Gewalt. Wir setzen uns daher für eine Versachlichung der Debatte in diesen
8 Bereichen ein und kritisieren die rechte Panik-Rhetorik gegen Geflüchtete,
9 welche verschiedene Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausspielt, rassistische
10 Ressentiments stärkt und den sozial-politischen Zusammenhalt gefährdet. Während
11 wir uns der finanziellen und sozialen Herausforderungen durch Fluchtbewegungen
12 bewusst sind, ist es fatal, die Chancen, welche sich durch den Zuzug bieten,
13 dabei nicht ebenfalls zu benennen.

14 Durch grüne Regierungsarbeit auf Bundesebene wurden in den letzten Monaten die
15 richtigen Weichen gestellt: Mit dem neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG)
16 und dem Chancenaufenthaltsrecht hat die Bundesregierung die Grundlage
17 geschaffen, schneller in Deutschland Fuß fassen zu können und den Einstieg von
18 Asylsuchenden in den Arbeitsmarkt erleichtert. Zudem wurden die Arbeitsverbote
19 für Geflüchtete gelockert. Diese Entwicklungen unterstützen wir ausdrücklich und
20 setzen uns weiter für ein umfassendes Recht auf gute Arbeit für Zugewanderte und
21 Geflüchtete ein. Eine einseitige Politik der Abschiebung „in großem Stil“ und
22 der Abschottung löst daher hingegen keine Probleme und wird der Komplexität des
23 Themas nicht gerecht. In diesem Zusammenhang halten wir als Grüner Landesverband
24 Bremen auch das Rückführungsverbesserungsgesetz, das die Grundrechte
25 Geflüchteter weiter einschränkt, für den politisch falschen Weg. Die Reform des
26 Einbürgerungsrecht begrüßen wir grundsätzlich, da sie Einbürgerung vereinfacht
27 und doppelte Staatsbürgerschaften ermöglicht. Gleichzeitig benachteiligt die
28 Reform Menschen mit Behinderungen sowie Menschen, die aus verschiedenen Gründen
29 auf Sozialleistungen angewiesen sind, und macht Einbürgerung für sie schwieriger
30 – das kritisieren wir ausdrücklich.

31 Wir Grüne stehen für Rechtsstaatlichkeit und achten internationales Recht. Wir
32 stehen zum verbrieften Menschenrecht auf Asyl, der Genfer Flüchtlingskonvention
33 oder der EU-Grundrechtecharta als zentrale Grundpfeiler unseres
34 gesellschaftlichen Miteinanders in Deutschland und Europa.

35 Uns Grünen ist klar, dass die vielen Menschen, die nach Deutschland und nach
36 Bremen kommen, eine reale Herausforderung für Schulen, Kitas, Jugendhilfe- und
37 Sozialsysteme und die menschenwürdige Erstaufnahme und Unterbringung
38 Geflüchteter darstellen. Unsere Antwort darauf ist aber nicht, geltendes Recht
39 zu ignorieren oder Grundrechte einzuschränken, sondern für einen
40 handlungsfähigen Staat und eine solidarische Zivilgesellschaft einzustehen.

41 Solidarität und Zusammenhalt in unserem Bundesland gibt es nur, wenn wir alle
42 Menschen, die in Bremen und Bremerhaven leben, mitdenken und für alle, die neu
43 ankommen, gute Möglichkeiten schaffen. Denn auch wenn Flucht- und
44 Migrationsbewegungen Herausforderungen für Politik und Verwaltung sind, müssen
45 wir uns unserer Verantwortung stellen und die Chancen, die sich durch diese
46 bieten, nutzen. Dazu müssen Politik, Verwaltung, sowie haupt- und ehrenamtliche
47 Geflüchtetenhilfe Hand in Hand arbeiten. Wir wollen als Parteistrukturen
48 (Landesvorstand, Kreisverbände, Beiräte etc.) dafür in der nächsten Zeit noch
49 stärker mit den relevanten Akteuren in den Dialog gehen, bestehende Netzwerke
50 weiter stärken und neue Kontakte knüpfen.

51 Fachkräftemangel bekämpfen, Integration sichern - Migration als Chance begreifen

52 Zugewanderte Fachkräfte gehören zum Rückgrat der bremischen Wirtschaft. Sie
53 haben maßgeblich dazu beigetragen, dass das Land Bremen heute ein innovativer
54 Standort mit großer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit ist. In den nächsten
55 Jahren brauchen wir jährliche eine Netto-Zuwanderung von 400.000 Menschen in den
56 deutschen Arbeitsmarkt, um unseren wirtschaftlichen Wohlstand und das
57 Sozialversicherungssystem stabil zu halten. Um Zuwanderer*innen das Ankommen in
58 Bremen und Bremerhaven grundsätzlich und insbesondere im Arbeitsmarkt zu
59 erleichtern, sind noch einige Anstrengungen zu unternehmen. Viel zu häufig
60 arbeiten Zugewanderte und Geflüchtete in prekären Arbeitsverhältnissen. Ihre
61 unsichere Situation, die fehlenden Sprachkenntnisse und mangelndes Wissen über
62 ihre Rechte als Arbeitnehmer*innen werden ausgenutzt.

63 Grundlage für die Integration in den Arbeitsmarkt und damit einem selbständigen
64 und unabhängigen Leben ist daher der Zugang zu kostenlosen Sprachkursen, dieser
65 ist aktuell bundesweit und auch im Land Bremen noch beschränkt. In Bremen und
66 Bremerhaven wird es nun darum gehen, alle behördlichen Vorgänge vom Ankommen
67 über die Qualifizierung und/oder Anerkennung von im Ausland erworbenen
68 Berufsabschlüssen, bis zur erfolgreichen Arbeitsmarktintegration transparenter
69 und barrierefreier zu gestalten.

- 70 • Als Grüne unterstützen wir daher die Einrichtung sogenannter Welcome
71 Center, die als zentrale, digitale und örtliche Anlaufstelle bei allen
72 Anliegen rund um die berufliche Integration für alle Zugewanderten dienen.
73 Ziel ist es, einen leicht zugänglichen und bedarfsgerechten „One-Stop-Shop
74 Service“ aus einer Hand zu schaffen, der die berufliche Integration
75 beschleunigt und erleichtert.
- 76 • Auch die Bemühungen seitens der Wirtschaftsförderung Bremen, den
77 Fachkräfteservice auszubauen und Unternehmen beim Recruiting
78 internationaler Bewerber*innen zu unterstützen, begrüßen wir sehr. Wir
79 setzen uns daher weiterhin für ein kostenloses Angebot an allgemeinen und
80 berufsbezogenen Deutschkursen in Bremen und Bremerhaven ein, auch über das
81 Niveau B1 hinaus.
- 82 • Dem vielfältigen Engagement von Bremer Unternehmen, Betrieben und den
83 Kammern ist es zu verdanken, dass Zuwander*innen gute Perspektiven auf dem
84 Arbeits- und Ausbildungsmarkt finden. Wir unterstützen daher auch
85 weiterhin Maßnahmen, die für ein gutes Ankommen im Betrieb notwendig sind,
86 wie bspw. ausbildungs- oder berufsbegleitende Sprachförderung und
87 betriebliche Integrationsangebote.

88 Menschenwürdige Unterbringen sicherstellen - Wohnraum für alle gewährleisten

89 Eine sichere Erstunterbringung und ein schneller Übergang in die eigene Wohnung
90 sind für eine Integration zentral. Wir sind uns des stark angespannten
91 Wohnungsmarktes bewusst und sehen eine Notwendigkeit, uns weiterhin für eine
92 sozialverträgliche und faire Verteilung von Wohnraum einzusetzen, etwa durch den
93 schnelleren Ausbau von Sozialwohnungen und eine längere Sozialbindung. Dadurch
94 soll ein zusätzlicher Preisanstieg durch weitere Bedarfe auf dem Wohnungsmarkt -
95 in Folge von Migrationsbewegungen - möglichst aufgefangen werden. Im Bereich
96 Stadtentwicklung hat Bremen schon viel für ein gutes Zusammenleben in Vielfalt
97 auf den Weg gebracht. Integrierte Entwicklungskonzepte in verschiedenen
98 Stadtteilen - wie Blumenthal oder Kattenturm - sind ein wichtiges Instrument der
99 Stadtentwicklung, gerade in migrantisch geprägten Stadtteilen.

- 100 • Wir wollen mehr Sozialwohnungen in möglichst vielen Stadtteilen schaffen,
101 um eine bessere und dezentrale Unterbringung geflüchteter Menschen zu
102 ermöglichen. Eigener Wohnraum ist besser als Gemeinschaftsunterkünfte.
- 103 • Wir setzen uns zudem für die Verlängerung der Belegbindung von
104 Sozialwohnungen ein.
- 105 • Wir wollen die Wohnsitzpflicht für Geflüchtete in den ersten 6 Monaten
106 aufheben, sodass diese ihr Leben möglichst schnell selbst gestalten
107 können.

108 Staatliche Strukturen reformieren - Lösungen ermöglichen

109 Das Thema Migration ist zukunftsentscheidend und bedarf einen umfassenden und
110 handlungsfähigen Staat, der die Einhaltung von Menschenrechtsstandards und einer
111 erfolgreichen Integration gewährleisten kann, ohne den gesellschaftlichen
112 Zusammenhalt durch Kürzungen an anderen Stellen zu belasten.

- 113 • Menschen aus Kriegsgebieten haben ein Recht auf Schutz. Wir sprechen uns
114 daher für einen bundesweiten Abschiebestopp für Jesid*innen aus und
115 fordern die Weiterführung des Abschiebestopps in den Iran
- 116 • Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems macht viele bisher
117 illegale oder irreguläre Praktiken im Umgang mit Geflüchteten in der EU
118 zur Normalität und schränkt das Asylrecht ein. Bremen hat sich daher bei
119 der Abstimmung im Bundesrat dazu enthalten - das war richtig.
- 120 • Wir lehnen als Grüner Landesverband Bremen weitere Verschärfungen des
121 Asylrechts auf Bundes- und Europa-Ebene, wie beispielsweise das
122 Rückführungsverbesserungsgesetz oder die aktuelle Reform des Gemeinsamen
123 Europäischen Asylsystems ab und orientieren unsere Migrationspolitik
124 weiterhin an Grundsätzen wie der Genfer Flüchtlingskonvention und den
125 allgemeinen Menschenrechten.
- 126 • Die zuständigen Behörden, wie z.B. das Migrationsamt, müssen personell in
127 der Lage sein, ihre Aufgaben zu erfüllen und die Digitalisierung der
128 Verwaltungsabläufe weiter verbessert werden.
- 129 • Unsere beiden Kommunen Bremen und Bremerhaven sowie das Land müssen
130 finanziell stärker unterstützt werden, um die Versorgung und Integration

- 131 von Geflüchteten weiterhin sicherstellen zu können. Der Bund sollte den
132 Ländern hierfür mehr Geld und Ressourcen zur Verfügung stellen.
- 133 • Die von den Bundesländern beschlossene Bezahlkarte darf in Bremen keine
134 Diskriminierung oder Stigmatisierung schaffen. Bremen soll sich am
135 Hannoveraner Modell orientieren. Besonders wichtig ist dabei, den Zugang
136 zu Bargeld nicht einzuschränken, die Nutzung der Karte nicht geographisch
137 zu begrenzen, sowie eine optische Gestaltung wie herkömmliche Karten.

StruKo1 Einsetzung der Strukturkommission

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 16.02.2024
Tagesordnungspunkt: 8 Bestätigung der Strukturkommission

Antragstext

- 1 Einsetzung der Strukturkommission
- 2 Gemäß dem Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 07.10.2023 zur
- 3 Einsetzung einer Strukturkommission, schlägt der Landesvorstand eine Besetzung
- 4 dieser mit den folgenden Personen vor:
 - 5 • Lena Kramer/Joris Immenhauser (Vorsitzende mit gemeinsamem Stimmrecht)
 - 6 • Dorothea Staiger
 - 7 • Brunhilde Wilhelm
 - 8 • Ela Fischer
 - 9 • Vanessa Radtke
 - 10 • Bithja Menzel / Nele Miethig (mit gemeinsamen Stimmrecht)
 - 11 • Klaus-Peter Land
 - 12 • David Lukaßen
 - 13 • Thomas Pörschke

Begründung

Die Einsetzung einer Strukturkommission zielt darauf ab, die Kommunikationskanäle, Entscheidungswege und Parteiorganisation ergebnisoffen und kritisch zu analysieren, um unsere Partei transparenter, barrierearmer und organisatorisch effizienter aufzustellen. Die inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitungen zur Einsetzung dieser Kommission hat der Landesvorstand eingeleitet, die Besetzung des Gremiums benötigt nun die Zustimmung der Landesmitgliederversammlung.

Mit dem oben vorgelegten Personaltableau soll das Gremium mit einer quotierten, möglichst diversen Auswahl an Parteimitgliedern besetzt werden, die verschiedene Perspektiven, Erfahrungshorizonte und Eindrücke aus ihrem Engagement in unserem Landesverband mitbringen.

Die Strukturkommission wird bis Ende des Jahres einen Katalog von Maßnahmen erarbeiten, wie wir unsere Parteiarbeit strukturell modernisierter, nachhaltiger und zugänglicher aufstellen können. Begleitend dazu wird es eine mitgliederoffene Befragung geben, deren Ergebnisse ebenfalls in diesen Maßnahmenkatalog eingearbeitet werden.

A1 Solidarität mit den Beschäftigten der BSAG und der Wir fahren zusammen-Kampagne

Gremium: Grüne Jugend Bremen
Beschlussdatum: 16.02.2024
Tagesordnungspunkt: 9 Anträge

Antragstext

1 Es ist klar: die Klimakrise schreitet immer weiter voran, um diese aufzuhalten
2 muss sich etwas verändern. Einen großen Part spielt hier der Verkehr. Der
3 Individualverkehr muss abgebaut und der ÖPNV gestärkt werden. Dafür werden
4 Investitionen gebraucht, sodass das Schienennetz ausgebaut wird und mehr Geld in
5 neue Busse und Bahnen gesteckt werden kann. Geld wird aber auch benötigt, um den
6 ÖPNV günstiger zu machen, denn alle Menschen sollten zu diesem Zugang haben und
7 am meisten benötigen ihn die Menschen, die sich kein Auto leisten können.

8 Neben materiellen Faktoren benötigt der ÖPNV aber vor allem eins: Fachkräfte. In
9 der Verwaltung, in der Werkstatt und in den Bussen und Bahnen! Und diese
10 Menschen verdienen zudem gute Arbeitsbedingungen. Geregelter Arbeitspläne,
11 ausreichend Wendezeiten, genügend Urlaubstage!

12 Und dafür setzt sich die wir fahren zusammen-Kampagne von ver.di und Fridays for
13 Future seit 2020 ein. Diese beiden wichtigen Akteure streiken und kämpfen
14 gemeinsam für mehr Klimaschutz durch einen besseren ÖPNV. Bundesweit sind
15 seitdem zahlreiche Ortsgruppen entstanden. Denn in ganz Deutschland ist die Lage
16 schlecht. Hohe Krankenstände, Personalmangel, Fahrtausfälle. Schon jetzt fehlen
17 80.000 Beschäftigte.

18 Dafür steht die Kampagne:

- 19 1. Gute Arbeitsbedingungen und mehr Personal im Nahverkehr.
- 20 2. Mobilität für alle und eine Verdopplung des ÖPNV.
- 21 3. Bundesweites Investitionsprogramm von mind. 16 Mrd. € pro Jahr bis 2030.
22 Für den Ausbau und die Modernisierung eines flächendeckenden und
23 bedarfsgerechten ÖPNV, den sich alle leisten können. Dieses Geld soll
24 durch Umverteilung und/oder einer Reform der Schuldenbremse aufkommen.
25 Kein gegeneinander Auspielen und keine Einsparungen bei Soziales oder
26 Bildung!
- 27 4. ticketloser ÖPNV!
- 28 5. Priorisierung des ÖPNV im Straßenverkehr. Dazu gehört bessere Schaltung
29 und somit Vorrang vor den Autos und Fahrradwege neben den Gleisen.

30 Auch in Bremen hat sich im Oktober 2023 eine Ortgruppe gegründet, die sich mehr
31 Investitionen und bessere Arbeitsbedingungen einsetzt. Statt den ÖPNV
32 attraktiver zu machen und Investitionen in den ÖPNV zu tätigen, sollen in Bremen
33 10 Millionen Euro bei der BSAG eingespart werden, das muss abgewendet werden!
34 Dafür und für die spezifischen Forderungen der Beschäftigten in Bremen setzt
35 sich die Ortgruppe ein.

36 Mit diesem Antrag wollen wir uns mit den Beschäftigten und der Kampagne "wir
37 fahren zusammen" solidarisieren und ihre Forderungen für mehr Investitionen und
38 bessere Arbeitsbedingungen unterstützen, denn Klimaschutz und eine gerechte
39 Verkehrswende gehen Hand in Hand!

Unterstützer*innen

Sebastian Illigens (KV Bremen-Mitte); Michael Deimel (KV Bremen-Nordost); Marlin Meier (KV Bremen Links der Weser (LdW); Pascal Poolke (KV Bremen-Nord); Rafael Schyska (KV Bremen-Nordost)